

Ende der Klientelpolitik?

Die Stimmung in Deutschland ist gewiss besser als die Lage, wenn die Meinungsumfragen trotz Reallohnverlust weit überwiegend Wohlfühlmodus signalisieren. Doch wer polarisiert verliert, wer protestiert hat Unrecht: Die Große Koalition wird allen gerecht werden wollen - *im Rahmen des Möglichen*. Für die Gesundheits- und Sozialpolitik haben die Autoren der GuS dem in der letzten Ausgabe intensiv nachgespürt. Und es wird eine gute Vereinbarung sein, wenn drei Viertel der Mitglieder einer großen Volkspartei zustimmen.

Doch bisher geht es um Absichtserklärungen. Wie Christoph Butterwegge anhand seiner Analyse der Steuer- und Sozialpolitik der zweiten Großen Koalition von 2005 bis 2009 herleitet, ist die Große Koalition nicht strukturell vor Klientelpolitik gefeit. Einzuräumen bleibt sicherlich, dass die Klientele nun wieder etwas größer sind als bei der F.D.P. Aber die Zahl der Bürger, die von prekären Lebenslagen betroffen waren, hatte sich auch in der 16. Legislaturperiode nicht verringert, sondern erhöht. Disparitäten bei Bildung, Einkommen und Vermögen hatten sich weiter verschärft. Nunmehr kann zweifellos der Stellenwert des vereinbarten Mindestlohns gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Nach Jahren der Austeritätspolitik vor allem nach innen bedarf es aber einer umfassenden Kurskorrektur in der Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik, der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, der Familien-, Bildungs- und Gesundheitspolitik sowie der Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik. Nachdem Rot-Grün gescheitert ist, wird der Wille dazu kaum erkennbar, auch wenn die Sozialdemokraten ihr verbliebenes Gewicht mit Nachdruck eingebracht haben.

Schon in der Gesundheitspolitik ist Schluss mit Reform. Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge und die prozentuale Verbeitragung aller Zusatzausgaben allein bei den Versicherten führen sogar weiter weg von der Bürgerversicherung und stabilisieren die private Krankenversicherung. Dagegen ist die zwischenzeitlich gute Finanzlage der GKV nur zum kleinsten Teil auf die konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen. Wenn die Politik die GKV weiterhin auf lohnbezogene Beiträge beschränkt, lebt sie von der inzwischen dahinwelkenden Liquiditätsillusion, die sie durch überhöht festgesetzte Beitragssätze selbst erzeugt hat. Nur strukturell geht die Rechnung nicht auf: Weder sind die Systemdefekte der GKV beseitigt, die eine inflationäre Leistungserbringung treiben, allen voran die nicht leistungsbezogene Krankenhausplanung und -investition, noch war es politisch klug, den Finanzminister aus der Sicherstellung des Sozialausgleichs von Zusatzbeiträgen der Versicherten zu entlassen. Diese Einbindung wird die GKV schmerzlich vermissen, denn unter der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse wird der Bundeszuschuss zur GKV wieder eine gesuchte Quelle finanzpolitischer Einsparungen. Johannes Clemens verweist

in seinem Beitrag nicht nur auf die Schuldenbremse, sondern auch darauf, dass sich die Zahl der Beitragszahler zur GKV ab Mitte des Jahrzehnts kontinuierlich verringern wird.

Gleichwohl wäre es fatal, wenn die Krankenkassen sich wie in Zeiten des einkommensunabhängigen Zusatzbeitrages in innovationsferner Duldungsstarre wettbewerblich reduktiv um das Marketing scharten, statt die Versorgung der Versicherten mit innovativem Versorgungsmanagement passgenau voranzubringen. Dem nun von der Koalition ins Feld geführten Innovationsfonds sollte eine Katalysator-, ja Multiplikator-Funktion zukommen. Sektorenübergreifende Kooperationen gibt es schon. Und der Gesetzgeber wird zweifellos innovative Entwicklungen der Selbstverwaltung aufgreifen und unterstützen, wenn die milliardenschweren Unternehmen der Krankenversicherung sich im Wettbewerb etwas zutrauen, Bündnisse suchen, Probleme lösen und Neues wagen. Dafür sind sie da.

Die Herausgeber